

HERZSCHLAG

Zeitung von und für KollegInnen im Krankenhaus – für mehr Personal, weniger Stress und Hetze



Bewegung von unten statt Hoffen auf GroKo

Denn klar ist: Geschenkt wird uns nichts!

Die Beschäftigten an der Charité haben es 2015 bewiesen: mit einer kämpferischen gewerkschaftlichen Bewegung können Verbesserungen in der Personalausstattung im Krankenhaus erstreikt werden.

Diese Erfahrung macht Schule: mittlerweile gibt es an vielen Krankenhäusern kämpferische Betriebsgruppen, die für mehr Personal streiten. Und es gibt in vielen Städten Bündnisse, die diesen Kampf unterstützen. Denn in dieser Frage geht es nicht nur um die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, sondern in erster Linie um das Wohl und die Würde der PatientInnen. Das ist eine sehr gute Ausgangsbasis, um den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Dass in der Koalitionsvereinbarung überhaupt Ziele zur Verbesserung der Situation in der Pflege angeführt werden, dass eine Bundsratsinitiative gestartet wurde, dass

im Saarland Personaluntergrenzen festgelegt wurden, ist ein Erfolg der Bewegungen von unten. Allerdings reichen diese Zugeständnisse bei weitem nicht aus. Wir brauchen eine Personalbemessung nach Bedarf. Und Profitorientierung hat im Gesundheitswesen nichts zu suchen!

Wir müssen noch stärker werden

Um das zu erreichen, muss die Bewegung für mehr Personal in den Krankenhäusern noch stärker werden. Das muss auf betrieblicher und politischer Ebene geschehen, z.B. durch Proteste und Demonstrationen, durch Volksinitiativen auf Länderebene wie in Berlin und

Hamburg, durch betriebliche Aktionen wie den Soll-ist-Voll-Rechner und tariflichen Kampf. Viele örtliche Initiativen gibt es bereits, jedoch bedarf es dringend einer Koordination, sowohl auf örtlicher als auch auf bundesweiter Ebene.

Um die Aktionen zum Erfolg zu führen, ist es notwendig, einen aktiven und regelmäßigen Austausch der Beteiligten zu organisieren. Es ist nötig, die ganz konkreten Ziele und die Strategien gemeinsam mit den Aktiven aus den Krankenhäusern abzusprechen und zu planen. Das hat den Vorteil, dass wir von den erfolgreichen Kampfmethoden lernen können und Fehler nicht wiederholen. Wir können unsere Durchsetzungskraft stärken, wenn wir unser Wissen und unsere Erfahrungen teilen und uns gegenseitig unterstützen. +

Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

Aktionen im Zuge der Personalverhandlungen von DKG und GKV
8. Mai 2018, Berlin

**Tag der Pflege:
Walk of Care**
12. Mai 2018 u.a. Berlin, Dresden

Demonstration zur Gesundheitsministerkonferenz
20. Juni, Düsseldorf

Herzschlag: Eure Zeitung

Wir sind Kolleg*innen aus Krankenhäusern in Bremen, Berlin, Dresden, Hamburg und meinen, dass unsere Bewegung für mehr Personal viel stärker werden muss. Dafür brauchen wir einen besseren Austausch untereinander, um uns zu koordinieren und zu vernetzen. Dazu wollen wir mit der Zeitung einen Beitrag leisten. Wir hoffen, dass noch viele andere Kolleg*innen mitmachen. Wir setzen nicht auf Lobbyarbeit und wir haben auch keine Illusionen in die leeren Versprechen von Ministern der jetzigen Regierung. Nur Druck von unten kann etwas verändern – hin zu einer bedarfsgerechten Personalausstattung und einem Gesundheitswesen im Interesse der Bevölkerung und nicht der Konzerne.

Schreibt uns!

Ariane Müller, Krankenschwester, Betriebsratsmitglied, ver.di Betriebsgruppe Klinikum Bremen Mitte *

Dorit Hollasky, Sozialarbeiterin, Sprecherin ver.di Betriebsgruppe Städt. Klinikum Dresden*

Silvia Habekost, Krankenschwester, ver.di Betriebsgruppe Vivantes Berlin*

Stephan Gummert, Krankenpfleger, ver.di Betriebsgruppe Charité Berlin*

*Funktionsangaben nur zur Kennzeichnung der Person

Impressum:

Herzschlag, Zeitung von und für Kolleg*innen in Krankenhäusern

Redaktion:

Ariane Müller, Dorit Hollasky, Silvia Habekost, Stephan Gummert

V.i.s.d.P.:

A. Teweleit, c/o Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Kontakt:

herzschlagkrankenhaus@gmail.com



Spahn, Scholz, Seehofer, Merkel

Nichts Gutes kommt von Oben

Eigentlich sollte auf dieser Seite ein Artikel des Kollegen Stephan von der Charité stehen. Doch genau das, worum es hier geht, hat ihn daran gehindert: Auf Station war Land unter „Nullbesetzung“ - aus war es mit dem geplanten Artikelschreiben im Frei. Für das ganze Wochenende sah es nicht anders aus.

Geplant war ein Kommentar zum neuen Gesundheitsminister. Demjenigen, der es geschafft hat, innerhalb kürzester Zeit massenhaft Empörung zu erzeugen. Irgendwann folgte er dem Rat, auf den Brandbrief der Kollegin Jana Langer zu antworten. Er wolle alles angehen, brauche aber Zeit. Und am Ende würde er nicht alle Probleme lösen können. Klingt nett. Aber leider können das die KollegInnen in den unterbesetzten Schichten nicht so einfach sagen. Hier wird immer verlangt, da zu sein, trotz allem die PatientInnen zu versorgen, zu funktionieren und Lösungen zu finden – in Situationen, die schon lange nicht mehr tragbar sind.

Aber es ist nicht nur Herr Spahn (CDU), der die Realität nicht kennt, nicht kennen will und nur irgendwas daherredet. Er ist nur derjenige, der seine Ignoranz am wenigsten versteckt. Es ist das ganze Ministerkabinett der Großen Koalition, von dem wir nichts als weitere leere Worte zu erwarten haben. Hat nicht gerade Finanzminister Olaf Scholz (SPD) das Ziel ausgegeben, die schwarze Null so lange wie möglich zu halten? Das klingt nicht danach, als ob die dringenden Rufe nach mehr Investitio-

nen in Gesundheit, Bildung, Wohnen wirklich beachtet würden. Doch es gibt ein Lieblingskind, welches im Haushalt besonders berücksichtigt wird: das Verteidigungsministerium unter Ministerin von der Leyen (CDU). Hier sollen die Ausgaben von rund 37 Milliarden Euro auf 44 Milliarden steigen.

Also bleibt alles so, wie es ist. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Anstatt in die öffentliche Daseinsvorsorge wird Geld in Rüstung und teure Prestigeobjekte versenkt. Zusätzlich sorgt Horst Seehofer (CSU) weiter für Spaltung und Rassismus, um von den wahren Verantwortlichen abzulenken. Rechte Rattenfänger wie die AfD profitieren. Und Frau Merkel sieht zu, dass dieses gigantische Kartenhaus nicht zusammenfällt.

Mit Druck von unten und unserem gemeinsamen Kampf müssen wir zeigen, dass es so nicht weiter geht. Wir brauchen JETZT: Mehr Personal in den Krankenhäusern. In der Pflege. In der Bildung. Wir brauchen faire Löhne für alle! Bezahlbaren Wohnraum!

Angelika Teweleit (Unterstützerin) +



Es scheint immer noch nicht überall angekommen zu sein: Die Situation in den Krankenhäusern muss jetzt sofort verändert werden. Sonst? Werdet ihr niemanden mehr finden, der diese Arbeit macht. Werden Patienten zu Schaden kommen und vorzeitig sterben – das passiert heute schon, aber wer soll das beweisen?!

Im §137i wird folgendes festgelegt: „Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft legen im Benehmen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung pflegesensitive Bereiche im Krankenhaus fest, für die sie im Benehmen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung spätestens bis zum 30. Juni 2018 mit Wirkung zum 1. Januar 2019 verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen mit Wirkung für alle gemäß § 108 zugelassenen Krankenhäuser vereinbaren.“ (...)

Damit haben sie den Bock zum Gärtner gemacht: Weder die DKG noch die GKV und erst recht nicht der Verband der Privaten KV haben Interesse an einer Regelung, die die Situation des Personals verbessert. So eine Regelung würde

Geld kosten, das alle diese Verbände nicht ausgeben wollen. Das eigentliche Ziel – eine qualitativ gute, bedarfsgerechte und menschliche Patientenversorgung – hat die Politik schon lange aus den Augen verloren. Aussagen, wie die „Vermeidung von unerwünschten Ereignissen“ durch Pflegeuntergrenzen, sind ein Ausdruck davon. Von guter Pflege ist das sehr weit entfernt.

Personal-mangel? Kein Wunder!

Jetzt kommt das Argument der Arbeitgeber: Wir würden die Stellen ja besetzen, aber wir finden keine Fachkräfte. Das liegt an den Arbeitsbedingungen!! So will und kann niemand mehr arbeiten! D.h. wenn eine gesetzliche Personalbemessung kommt, die diesen Namen auch verdient:

- Eine Quote mit Pflegekraft – Patient Verhältnis
- Schichtbezogen, täglich, bedarfsorientiert
- Mit zeitnahen Konsequenzen, wenn die Quote nicht eingehalten wird. D.h. es müssen Betten gesperrt werden oder Prozeduren/OPs abgesagt werden, wenn nicht ausreichend Personal da ist.

So könnte sich die Situation sofort ändern. Dann wären auch Pflegekräfte bereit, ihre Arbeitszeit aufzustocken und es würde sich rumsprechen, dass Pflege wieder gute Pflege und gute Arbeit ist... Flugzeuge fliegen nicht, wenn es nur einen Piloten gibt – auch dort geht es um Menschenleben. Im Krankenhaus/Rettungsdienst gibt es immer noch 24 Stundenschichten, wird mehr als 10 Stunden – auch ohne Pause – gearbeitet.

Das gehört verboten!!! Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung jetzt!!





Volksentscheid „Gesunde Krankenhäuser“ in Berlin

Das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat am 1.2. den Volksentscheid „gesunde Krankenhäuser“ gestartet. Wir wollen per Gesetz u.a. Mindestpersonalzahlen für Pflegekräfte und andere Berufsgruppen im Krankenhaus festlegen, die Hygiene-Vorschriften mit Vorgaben für Reinigungsfachkräfte verbindlich regeln und eine Mindestquote von Investitionen festschreiben, die durch das Land Berlin übernommen werden muss. Mitte April wurde die 25.000 Marke geknackt und wir sammeln weiter bis zum 11. Juni, um den Druck zu erhöhen. Die Öffentlichkeit ist auf unserer Seite, jetzt brauchen wir noch Taten und nicht nur leere Worte von der Politik. Alles andere findet ihr auf:

www.volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de

Dem Berliner Vorbild sind wir in Hamburg gefolgt: Am 8. März starteten wir unseren „Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand“. Innerhalb von 3 Wochen haben wir fast 30.000 Unterschriften gesammelt und eingereicht. Beeindruckend, welche Dynamik entstanden ist und wie viele Menschen sich beteiligen. In einigen Stadtteilen sind regionale Vernetzungen entstanden, die nun die weiteren Schritte vorbereiten. Wir brauchen bundesweit eine gute Personalbemessung. Wir sagen aber auch ganz klar: wir verlassen uns nicht darauf, dass die Bundesregierung etwas regeln wird, dass uns wirklich nach vorne bringt. Deswegen greifen wir jetzt da an, wo wir unmittelbar Einfluss nehmen können.

www.volksentscheid-pflegenotstand.de



Hamburg gegen Pflegenotstand



Vernetzung von Pflegebündnissen

Im Anschluss der Veranstaltung „Kämpfe für mehr Krankenhauspersonal“ am 21.4.2018 mit labournet.tv im Bremer DGB Haus gab es ein weiteres bundesweites Vernetzungstreffen von Aktivist*innen von Pflegebündnissen (Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Saarland; Stuttgart und Tübingen konnten nicht) und von der unabhängigen Betriebsgruppe der Amper-Kliniken in Dachau. Ein erstes Treffen gab es Ostersonntag während der Sozialismustage in Berlin.

U.a. haben wir uns ausgetauscht über die nächsten bundesweiten Aktionen (siehe Termine auf Seite 1) und ausführlich über eine Resolution diskutiert, die ab dem 8. Mai bundesweit verteilt wird.

www.mehr-krankenhauspersonal-bremen.de